

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit
und Wohnungsbau vom 27. Februar 2020
– Drucksache 16/7808**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa – Inves- titionsplan für den europäischen Grünen Deal

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom
27. Februar 2020 – Drucksache 16/7808 – Kenntnis zu nehmen.

04. 03. 2020

Der Berichterstatter:

Josef Frey

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des
Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Drucksache 16/7808, in
seiner 33. Sitzung am 4. März 2020.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP bemerkte, er sei überrascht, dass eine CDU- bzw.
EVP-Politikerin ihr Programm als „Green Deal“ bezeichne.

Er fuhr fort, viele Fragen seien nach wie vor noch nicht geklärt. Das Industrieland
Baden-Württemberg müsse aufpassen, dass mit dem Green Deal nicht Maßnah-
men einhergingen, die die baden-württembergische Wirtschaft ganz grundsätzlich
gefährdeten, sei es bei der Frage, wie es mit dem Verbrennungsmotor weitergehe,
sei es bei anderen Fragen.

Ansonsten begrüße die FDP/DVP, dass es auf europäischer Ebene endlich eine
Auseinandersetzung darüber gebe, wie die Herausforderungen des Klimawandels
anzugehen seien. Das gelinge gemeinsam besser als in irgendwelchen Alleingän-
gen Baden-Württembergs oder Deutschlands, die letztendlich nur ein Tropfen auf
den heißen Stein sein könnten. Nun müsse darauf geachtet werden, dass es sich um
sinnvolle Maßnahmen handle, die nicht die baden-württembergische Wirtschaft

Ausgegeben: 10. 03. 2020

1

abwürgten. Es gehe beides: Es sei möglich, mit klimafreundlichem Handeln Wirtschaftswachstum zu generieren.

Abg. Emil Sänze AfD brachte vor, beim Lesen über den Green Deal fühle er sich an die Aussage des Altkanzlers Schmidt erinnert, der gesagt habe: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“. Hier werde undifferenziert mit Billionenbeträgen jongliert. Die mit dem Investitionsplan verbundenen Restriktionen träfen das Land in einer Phase der Rezession, die durch die Pandemie nochmals verstärkt werde. Er frage sich, wer das Ganze bezahlen solle, wenn die Wirtschaft in Baden-Württemberg darniederliege. Auch sei er gespannt darauf, zu erfahren, welche Investitionen auf den einzelnen Bürger, auf den kleinen Häuslebauer zukämen.

Abg. Peter Hofelich SPD äußerte, seines Erachtens werde gerade zu viel in diesen Investitionsplan hineininterpretiert. Im Grunde gehe es um die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft. Die bekannten Finanzierungsinstrumente sollten in Richtung Umweltschutzinvestitionen bzw. Klimaschutzinvestitionen gewichtet werden. Seines Erachtens könne das nutzbar gemacht werden. Das sei in Ordnung. Interessant werde es, wenn vonseiten der Kommission Rechtsetzungen kämen, was aber derzeit noch nicht der Fall sei.

Abg. Paul Nemeth CDU legte dar, der Investitionsplan sei ein ehrgeiziges Projekt. Dabei solle das meiste Geld gar nicht aus dem EU-Haushalt kommen. Vielmehr sollten auch private Investitionen mobilisiert werden. Insofern halte er die Aussage, dass Europa in den nächsten zehn Jahren eine Billion Euro für den Klimaschutz ausgeben werde, aus Marketingsicht für recht gelungen.

Die EU-Kommission habe heute den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes vorgelegt. Nun gebe es zwei Möglichkeiten, um CO₂ zu reduzieren: Es könne mit Verboten oder mit den Regeln der sozialen Marktwirtschaft gearbeitet werden. Das betreffe nicht nur die Old Economies. Bei den Sektoren Industrie, Energie, Gebäudebestand und Verkehr bestehe vor allem in Osteuropa, aber auch in Südeuropa riesiger Nachholbedarf. Deutschland habe hier einen Vorsprung von zehn Jahren. Aus den Erfahrungen, den Fehlern und den guten Projekten sollten Lehren gezogen werden, um das Ganze umzusetzen. Baden-Württemberg bzw. Deutschland habe ein Interesse daran, dass nicht nur die Old Economies, sondern auch New Economies wie Kreislaufwirtschaft, Innovation, Smart-Grids und Effizienzsteigerungen in allen Bereichen in den Blick genommen würden. Dann könne Baden-Württemberg auch an diesem großen Projekt partizipieren. Baden-Württemberg sollte dafür in den nächsten Wochen und Monaten entsprechende Felder entwickeln und formulieren. Der europäische Ansatz sei besser als jeder nationale oder lokale Ansatz. Diese Innovationschance sollte genutzt werden.

Abg. Barbara Saebel GRÜNE meinte, ihrer Fraktion gefalle die Begrifflichkeit „Green New Deal“ ausgesprochen gut.

Hier gehe es um ein großartiges gemeinsames europäisches Projekt. In der Wirtschaft finde ein Paradigmenwechsel statt. Klimaschutz werde nicht länger als Sahnehäubchen angesehen. Vielmehr stehe der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen im Zentrum. Danach werde die Wirtschaft ausgerichtet. Sie dürfe nicht ständig mehr verbrauchen, als nachwachsen könne, sie dürfe nicht mehr Rohstoffe verbrauchen, als nachgefördert werden könnten, und sie müsse die Menschen – auch die künftigen Generationen – respektieren.

Dafür sei dieser hohe Betrag von einer Billion Euro sicherlich nicht zu viel. Selbstverständlich kämen die Mittel nicht originär aus dem EU-Haushalt. So groß sei dieser gar nicht. Doch werde die Möglichkeit gesehen, private und öffentliche Investoren und somit marktwirtschaftliche Mittel und Fördergelder zusammenzubringen und den Rahmen für die Umsetzung der Klimaneutralität bis 2050 zu setzen.

Schon im März solle die neue Industriestrategie hin zur ökologischen digitalen Wende vorgelegt werden. Ihres Erachtens mache sich das Europäische Parlament gerade auf den Weg. Sie wünsche ihm dabei viel Erfolg.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, er fühle sich an den Satz erinnert: „Wenn du ein Schiff bauen willst, dann ... lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“ Die Finanzierung sei noch nicht konkret. Einerseits könne gesagt werden, der Anteil der auf Klimaschutz abzielenden Investitionen von 30 % sei schon in den Haushaltsmitteln enthalten, andererseits könnten sie auch additiv gesehen werden. Als Zweites kämen die Finanzierungen im Rahmen des Programms InvestEU. Seines Erachtens sei es gut, diesen großen Vorsatz zu fassen. Doch müsse jetzt erst einmal der nächste Finanzrahmen der EU fertiggestellt werden.

Abg. Emil Sänze AfD machte darauf aufmerksam, ausweislich der Mitteilung Drucksache 16/7808 würden aus dem EU-Haushalt 503 Milliarden € bereitgestellt. Die nationalen Kofinanzierungen beliefen sich auf 114 Milliarden €, und rund 279 Milliarden € sollten durch Investoren erbracht werden.

Vorsitzender Willi Stächele gab zu bedenken, es sei jetzt nur die Frage, ob zusätzliches Geld gebraucht werde oder ob das Geld schon im Haushalt sei.

Abg. Emil Sänze AfD ergänzte, wenn ein Budget aufgestellt werde, hätte er gern wirklich validierte Zahlen.

Vorsitzender Willi Stächele stellte klar, hier handle es sich nicht um ein Budget, sondern um eine Absichtserklärung für künftiges Wirtschaften in der EU.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/7808 Kenntnis zu nehmen.

09. 03. 2020

Frey